



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/196 - 26.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur letzten Sowjet-Note	S. 1
Schumacher in amerikanischer Sicht (Bericht aus New York)	S. 3
Verfehlte Handelspolitik	S. 4

Notenwechsel ohne Ende ?

ae. Ein gründlicher Beobachter bezeichnete einmal als das Hauptübel unserer Zeit die Starrheit des Denkens, das Überwiegen vorgefaßter Meinungen, den Mangel an Fähigkeit, veränderte Situationen oder sich anbahnende Veränderungen im politischen Geschehen neu zu verarbeiten und in das Gesamtbild einzufügen. Dieser konservative Grundzug ist zwar sehr bequem, aber in seinen Wirkungen äußerst verhängnisvoll. Die Welt und auch gewisse Teile der deutschen Öffentlichkeit haben sich offenbar mit der Teilung Deutschlands als einer zwar tragischen, aber anscheinend unvermeidlichen Tatsache abgefunden. Argumente und Behauptungen werden in Überfülle herangetragen um zu beweisen, daß man aus dieser Lage nicht mehr heraus könne.

Der seit dem 10. März im Gange befindliche Notenwechsel zwischen den Westalliierten und der Sowjet-Union über die Deutschlandfrage gilt weniger dem Bemühen, schöpferische neue Wege zu beschreiten, als vielmehr darzutun, daß die andere Seite einfach die deutsche Einheit nicht will. Und so lauten denn die Kommentare in einem großen Teil der deutschen und Welt-Presse: Wieder kein Fortschritt - die Dinge drehen sich im Kreise - aus der in der Sowjet-Note gewünschten Reihenfolge der Themenstellung eines Vierergesprächs gehe die Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen den ehemaligen Alliierten über die Deutschland-Frage hervor...

Ein vorschnelles und in Anbetracht dessen, was für unser

Volk, für Europa und die Welt auf dem Spiele steht, geradezu leichtfertiges Urteil. Zum Glück üben die westlichen Regierungen eine dem Ernste der aufgeworfenen Fragen gemäße Zurückhaltung.

Gewiß, auch die letzte Sowjet-Note bietet auf den ersten Blick wenig Hoffnung. Aber in den im üblichen Phrasenschwall gehaltenen Formulierungen sind Nuancierungen und Andeutungen enthalten, die die bisherigen Noten vermissen ließen. So wäre es falsch, aus der vorgeschlagenen Themenstellung auf ihre Unabänderlichkeit zu schließen. Es ist durchaus nicht gesagt, daß die Sowjet-Union auf dieser Reihenfolge - erst Friedensvertrag und zu allerletzt gesamtdeutsche Wahlen - unbedingt beharrt. Neu ist auch der Hinweis, daß die ^{keinesfalls} in allen bisherigen Noten enthaltene Berufung auf das Potsdamer Abkommen ~~die Wiederbelebung~~ des Alliierten Kontrollrates mit all' seinen unseligen Begleiterscheinungen (Veto-Recht) bedeutet - ein Punkt, den die Westmächte immer wieder als Beweis für die mangelnde Ernsthaftigkeit der sowjetischen Angebote anführten.

Nicht scheitern sollte das Zustandekommen einer Vierer-Konferenz an der in der Note enthaltenen Aufforderung, Vertreter Bonns und Pankows an der Konferenz als Berater zuzuziehen. Das ist ureigene Angelegenheit der Westmächte und der Sowjet-Union. Ein Präjudiz wurde übrigens seinerzeit mit der Vernehmung von Vertretern Pankows und Bonns in der UNO geschaffen, als diese die Kriegsgefangenen-Frage behandelte. Dabei muß man noch einmal feststellen: Weder Bonn noch Pankow sind, auch als Berater der Westmächte oder der Sowjet-Union, ermächtigt, Entscheidungen vorwegzunehmen, die einer aus gesamtdeutschen, freien Wahlen hervorgegangenen Regierung vorbehalten bleiben müssen.

Eines zeigt freilich dieser ermüdende Noten-Wechsel mit aller Klarheit: Durch umfangreiche schriftliche Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen, durch immer neue Anfragen und Gegenanfragen, durch einen in das Uferlose gehenden Streit über Verfahrensregeln wird die Sache der deutschen Einheit in Freiheit nicht einen Schritt vorangetrieben. Die Stunde ist jedoch gekommen, wo man den direkten Versuch am Konferenztisch machen muß, Punkt für Punkt der für Deutschland entscheidenden Fragen durchzugehen. Diese Konferenz muß jene Klärung bringen, auf die das deutsche Volk wartet: Wer schafft, erschwert oder verhindert die Verwirklichung der tiefsten Sehnsucht aller Deutschen, auf dem Wege über freie und allgemeine Wahlen eine Nationalversammlung zu wählen, aus deren Mitte eine voll legitimierte verhandlungsfähige Regierung gebildet wird? Diese allein ist befugt, mit den Siegern des zweiten Weltkrieges die Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages zu führen. Alles andere ist ein Ausweichen vor den Kernfragen.

Das gewandelte Bild von Kurt Schumacher

H.St.-New York, Ende August

Viele Jahre lang hatte Kurt Schumacher in den Vereinigten Staaten nicht das gehabt, was man eine "gute Presse" nennt. Mit Ausnahme eines doch verhältnismäßig kleinen Kreises führender Gewerkschaftler und fortschrittlich denkender Sozialreformer hat die große Mehrheit der öffentlichen Meinung und der maßgeblichen Regierungskreise Washingtons doch in ihm in erster Linie nur den Gegner der amerikanischen Methoden in Europa und der Strategie der amerikanischen Deutschland-Politik gesehen. Aber gleichzeitig hat man doch einmütig stets die persönliche Lauterkeit und Ehrlichkeit Schumachers anerkannt und war stets auch vor der menschlichen Tragödie, die über seinem Leben lag, ehrlich ergriffen.

Merkwürdigerweise war etwa seit dem Frühjahr dieses Jahres ein gewisser Stimmungswandel in der Öffentlichkeit festzustellen. Gerade in diesen letzten Monaten veröffentlichten mehrere führende große Zeitungen und Zeitschriften Amerikas, allen voran "New York Herald Tribune" sowie die Monatszeitschriften "United Nations World" und "Time" lange Artikel über Schumacher, die zum ersten Male seine positiven Leistungen in den Vordergrund schoben und ~~den~~ Gesamtbild der Persönlichkeit gerechter wurden als die früheren Pressestimmen. Es wurde zugegeben, daß vermutlich ohne seinen unermüdlichen Kampf längst ganz Berlin der russischen Kontrolle ausgeliefert sein würde und vielleicht Moskau auch sein Ziel erreicht hätte, in den ersten Nachkriegsjahren die Hand aufs Ruhrgebiet zu legen, und hier und da versuchte man sogar, seinen Widerstand gegen Schuman-Plan, Deutschland-Vertrag und EVG sachlich zu erklären und verständlich zu machen.

Jetzt, nach seinem Tode, widmeten ihm sämtliche großen und ernsthafteren Blätter des Landes Nachrufe - von einem Umfange, der sonst gegenüber ausländischen Staatsmännern selten ist. Diese Nachrufe zeugen von dem Respekt, den Schumacher sich (und seiner Partei) überall auf der Welt auch bei denjenigen verschafft hat, die sachlich mit ihm nicht übereinstimmten. Sein Widerstand sowohl

gegen den Nationalsozialismus als auch gegen den Kommunismus wird bedingungslos und uneingeschränkt anerkannt, und einstimmig weist man darauf hin, daß diese seine Unbeugsamkeit gegenüber den beiden großen totalitären Gefahren unserer Zeit für den Gang der Weltgeschichte nicht ohne Einfluß geblieben ist. Es wird hervorgehoben, daß er, der niemals ein offizielles Staatsamt bekleidet hat, doch allein durch die Macht seiner Persönlichkeit und die Stärke seines Charakters vermocht hat, einer der führenden Staatsmänner der Erde und einer der Repräsentanten des neuen Deutschlands zu werden.

Auch die amerikanische Regierung in Washington hat offiziell zum Tode Schumachers in einer auffälligen Weise Stellung genommen, die sonst beim Tode eines ausländischen Parteiführers, noch dazu einer Oppositionspartei, nicht üblich ist. Dem amtlichen Beileid Botschafter Donnelly's in Bonn schloß sich Staatssekretär Acheson mit einer ausdrücklichen Erklärung an, die vom Pressechef des Staatsdepartements, Michael McDermott, verlesen und der Presse übergeben wurde. In ihr spricht durch den gemessenen Stil einer amtlich-diplomatischen Beileidserklärung die warme Anerkennung der einmaligen Persönlichkeit Schumachers. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß die geistige und politische Bühne Europas durch seinen Tod einen unersetzbaren Verlust erlitten hat.

+ + +

Kaufen oder kreditieren ?

Unsere Aussenhandelspolitik durchlebt eine Periode der Unsicherheit. Selbst der Ausfuhrüberschuss innerhalb der EZU kann nicht darüber hinwegtäuschen, wenn das auch die dick aufgetragene Regierungspaganda gern erreichen möchte. Nach wie vor steht das Dollardefizit auf einer schwindelnden Höhe, ist der Osthandel noch nicht wieder aufgenommen und hat der Rückgang des Aussenhandelsvolumen nicht aufgehört.

Das ist besonders bedenklich, weil vor allem die Konsumgüterindustrie davon betroffen wird, deren Produktion, verstärkt durch das Nachlassen der innerdeutschen Nachfrage, ebenfalls rückläufig ist. So stark, daß die Kurzarbeit in einigen Fabrikationszweigen zur Regel wurde. Umso erstaunlicher ist es, daß in Regierungskreisen Pläne zur Einfuhrförderung erörtert werden, die sich aber nicht

entsprechend der gewerkschaftlichen Forderungen auf die lebenswichtigen Nahrungsmittel beziehen, sondern nur als allgemeine Stützung des derzeitigen Aussenhandelsvolumen gedacht sind. Dass die interessierten Importeure für diese Förderungsmaßnahmen Propaganda machen, ist verständlich, denn sie bringen ihnen die billigsten Gewinne. Nicht verständlich ist es aber, dass sich die offiziellen Instanzen diese Gedanken zu eigen machen. Letztlich laufen sie doch darauf hinaus, die Unternehmer von jenem Risiko zu entlasten, von dem sie behaupten, dass es ihr grösster und unschätzbarer Einsatz im Wirtschaftsleben sei. Es ist aber andererseits nur teilweise richtig, dass die ausländischen Partner auf eine erhöhte deutsche Einfuhr zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz drängen und deshalb sehr fraglich, ob durch eine Einfuhrförderung das Aussenhandelsvolumen gesichert werden kann.

Die deutsche Ausfuhr hat ein Ausmass erreicht, dass, wenn es gehalten werden soll und es muss noch gesteigert werden - neuartige Stützungsmaßnahmen erfordert. In der derzeitigen Wettbewerbsphase sind auf den Weltmärkten nicht mehr nur Warengüte, Lieferfristen und Preise ausschlaggebend, sondern in erhöhtem Masse auch das Zahlungsziel. Seine steigende Bedeutung ist ein Zeichen des zunehmenden Konkurrenzkampfes. Da wir uns dem nicht entziehen können, wenn wir unseren Lebensstandard steigern wollen, müssen wir die Kreditgewährung stärker in unsere Handelspolitik einschalten.

Es ist zwar grotesk, wenn wir nach einem verlorenen Kriege, als ein Land voll und Not und Elend, unseren Handelspartnern, die oftmals in besseren Verhältnissen leben als wir, Kredite für ihre Käufe gewähren sollen. Da aber andere Staaten, die in einer ähnlichen Lage sind wie wir, wie etwa Japan, auf diese Weise ihren Handelspartnern entgegenkommen und sich damit auch neue Märkte erschliessen, werden auch wir uns darauf einstellen müssen. Das ist auch volkswirtschaftlich eher vertretbar als eine Einfuhrförderung, die nicht die lebenswichtigen Nahrungsmittel einschliesst, sondern sich auf Waren erstreckt, für die kein echter oder dringender Bedarf vorhanden ist. gnr.

+ + +